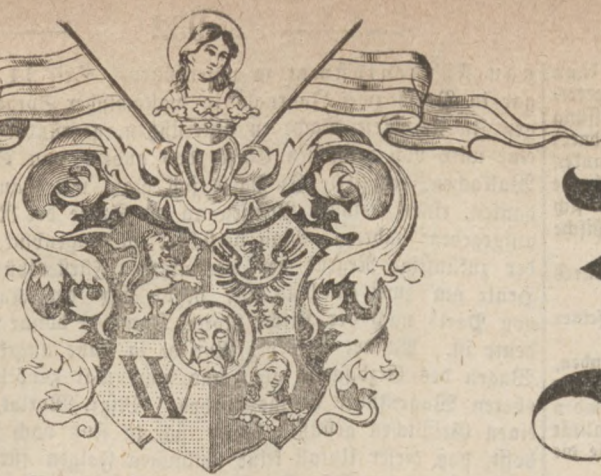


Breslauer



Zeitung.

Mittagsblatt.

Mittwoch den 29. April 1857.

Nr. 198

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Wien, 28. April. Die heutige „Oesterreichische Correspondenz“ meldet, daß in Folge allerhöchster Entschliessung eine Untersuchung angeordnet werden solle, ob mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Geldmarktes neue Aktien-Unternehmungen nicht lieber zu sistiren seien. Ein befriedigendes Ergebniss sei bald zu erwarten.

Paris, 28. April, Nachm. 3 Uhr. An der Börse hieß es, daß die Steuer auf Mobilienwerthe eine höhere sein werde. Die 3pSt. eröffnete zu 69, 15, wach auf 68, 90 und schloß sehr matt zur Notiz. Die Rente pro Mai wurde zu 69, 40 gehandelt. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93, von Mittags 1 Uhr 92 1/2 eingetroffen. Schluß-Course:

3pSt. Rente 68, 95. 4 1/2pSt. Rente 91, 50. Credit-Mobiliar-Aktien 1310. 3pSt. Spanier 38 1/2. 1pSt. Spanier 25. Silber-Anleihe 90. Deferr. Staats-Eisenbahn-Aktien 707. Lombard. Eisenbahn-Aktien 630. Franz-Joseph 500.

London, 28. April, Nachmittags 3 Uhr. Silber 61 1/2. Consols 92 1/2. 1pSt. Spanier 24 1/2. Mexikaner 23 1/2. Sardinier 90 1/2. 5pSt. Russen 105. 4 1/2pSt. Russen 96. Hamburg 3 Monat 13 Mt. 8 1/2. Wien 10 Fl. 30 Kr.

Mit dem eingetroffenen Dampfer „Asia“ ist die Meldung eingegangen, daß der Steamer „Vorussia“ in New-York angekommen sei.

Wien, 28. April, Mittags 12 1/2 Uhr. Aktien angeboten und weichend, Fonds behauptet.

Silber-Anleihe 92. 5pSt. Metalliques 83. 4 1/2pSt. Metalliques 72 1/2. Bank-Aktien 982. Bank-Inter.-Scheine —. Nordbahn 205. 1854er Loose 109. National-Anl. 84 1/2. Staats-Eisenbahn-Aktien 215 1/2. Credit-Aktien 242. London 10, 11. Hamburg 77 1/2. Paris 121 1/2. Gold 7 1/2. Silber 5. Elisabethbahn 100. Lombardische Eisenbahn 114. Rheingbahn 100. Centralbahn —.

Frankfurt a. M., 28. April, Nachm. 2 1/2 Uhr. Die meisten Fonds und Aktien flauer. Schluß-Course:

Wiener Wechsel 113 1/2. 3pSt. Metalliques 77 1/2. 4 1/2pSt. Metalliques 68 1/2. 1854er Loose 109 1/2. Deferr. National-Anleihe 79 1/2. Deferr. Staats-Eisenbahn-Aktien 244 1/2. Deferr. Bank-Anleihe 118. Deferr. Credit-Aktien 169 1/2. Deferr. Elisabethbahn 196 1/2. Rhein-Napf-Bahn 88.

Hamburg, 28. April, Nachmittags 2 Uhr. Börse flau, besonders für österreichische Kredit-Aktien bei lebhaftem Umsatze. Schluß-Course:

Oesterreich. Loose —. Oesterreich. Credit-Aktien 125. Oesterreichische Eisenb.-Aktien —. Vereinsbank 98. Norddeutsche Bank 94. Wien 79 1/2.

Hamburg, 28. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, ab auswärtig unverändert. Roggen loco unverändert, ab Königsberg pro Juni 120 Pfd. zu 74 zu haben. Kaufkraft geringer. Del loco 33, pro Frühjahr 33 1/2, pro Herbst 29 1/2. Kaffee unverändert.

Liverpool, 28. April. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatze. Markt flau.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 27. April. Großfürst Konstantin ist in Marseille angekommen. Die ihm zu Ehren hier stattfindende Heerschau ist auf den 6. Mai anberaumt worden. Fünfzigtausend Mann aller Waffengattungen sollen daran theilnehmen.

Depeschen aus Kopenhagen melden, daß der König die Idee einer Thronentfagung beharrlich von sich weist.

Die neuesten Nachrichten aus Wien geben Anlaß zu den gegründeten Hoffnungen.

Paris, 27. April. Das „Siecle“ enthält eine Korrespondenz aus Neapel, welcher zufolge dort die Bedrückungs-Maßregeln verdoppelt worden, und die Gefandten Preußens, Oesterreichs und Russlands Neapel verlassen werden, um nicht durch ihre Gegenwart jene Maßregeln gut zu heißen.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

5. Haus der Abgeordneten. 53. Sitzung am 28. April. Beginn 11 Uhr. Präsident Graf Eulenburg. Am Ministerische die Herren von Westphalen, v. d. Heydt, v. Modellschwingh, später von Manteuffel I., Graf Waldersee.

Man beginnt mit der Interpellation des Grafen Schwerin, auf welche der Minister die Antwort auf heute zugesagt hat. Der Interpellant erhält das Wort zur Begründung. Er bedauert, daß die Geschäftsordnung nicht gestatte, über die Antwort, die eine Interpellation erhalte, ein Urtheil zu fällen, die Erledigung der angeregten Frage also stets nur eine einstellige bleibe. Zur Sache selbst beruft sich der Redner auf die Erörterungen und Beschlüsse des Herrenhauses über die Polizeianwaltschaft, welche klar ergeben, daß man das Vorschreiten des Ministers in dieser Angelegenheit für gesetzlich durchaus ungerathen gehalten habe. Alle juristischen Autoritäten, von Dr. Wenzel bis auf Dr. Göge seien darin einstimmt. Der Minister habe keine Vertheidigung seines Verfahrens versucht, und so könne man wohl glauben, daß die zweite Alternative der Interpellation hier Platz greife, daß nämlich die Unterbrechung nur noch nicht ihre neuen Instruktionen erhalten. Wäre diese Unterbrechung nicht richtig, so sei es gut und notwendig, daß der Zweifelsfall offen an den Tag trete. Er glaube zumal, diese Beschränkung werde nicht die letzte in Sachen dieser Verwaltungspflicht sein.

Die 57 Mitglieder des Hauses des liegnigen Kreises, die hier zunächst berührt seien, würden es auf die Erhaltung antworten lassen, und dann den Rechtsweg versuchen. Ob das im Interesse des Staats, auch nur des Ministers, bleibe dahingestellt, — die unklare Stellung der Polizeianwaltschaft werde und müsse noch weitere Differenzen erzeugen, schon jetzt zeigten sich die verschiedensten Ansichten über die Konsequenzen des Reskripts vom 15. September bei den Verwaltungsspitzen. (Der Redner verliest zum Beweise dessen Verfügungen aus verschiedenen Provinzen. Eine solche, aus der Provinz Preußen, die den Gutsbesitzern den Umfang ihrer amtlichen Kompetenz, die literarischen Quellen, die ihnen notwendig seien, ihre Stellung ferner als Justizvollstreckungsbeamte ernstlich und ausschließlich zu Gemüthe führt, erregt ferner die höchste Heiterkeit des Hauses.) Das beweise Alles, fährt der Redner fort, wie unvereinbar das Amt, dessen Pflichten der Oberstaatsanwalt in obigem Reskript sehr richtig bezeichnet, mit der Stellung des Gutsbesitzers sei. Der Kostenpunkt, das sei leicht zu beweisen, sei zu unbedeutend, als daß er an dem Widerstande der Betheiligten einen Antheil haben könnte, der gesetzliche Sinn allein fräube sich dagegen, und diesen Sinn sollte die Regierung achten und pflegen. — Wollte der Minister durch eine Gesetzesvorlage diese Unzulässigkeit legalisiren, so werde dann noch Zeit sein, über diese sich zu äußern.

Minister des Innern: Eine Zahl Dominialbesitzer im liegnigen Kreise hat sich bereit erklärt, die Polizeianwaltschaft selbst oder durch ihre Vertreter zu verwalten zu lassen. Die Ernennung derselben zu Polizei-Anwälten ist vom 1. April d. J. ab erfolgt. Da aber die bisherigen Polizeianwälte für den Monat März die Funktionen für die betreffenden Bezirke hatten wahrnehmen müssen, so war durch landrätliche Verfügung vom 3ten d. Mts. bestimmt worden, daß jene Dominialbesitzer für den gedachten Monat zu den Kosten für die bisherigen Polizeianwälte beitragen sollten. Ich habe denselben

verfügt, daß diese Kostenbeiträge auf den Fonds des Ministerii des Innern angewiesen werden. — Im Allgemeinen bemerke ich, daß in den 6 östlichen Provinzen, mit Ausnahme der Landestheile, wo nach § 4 des Gesetzes vom 14. April v. J. dem Staate die polizei-obrigkeitliche Gewalt über die ländlichen Gemeinden und die Gutsbezirke zusteht, in den meisten Bezirken theils die polizei-anwaltlichen Funktionen den gutherrlichen Polizeieinhabern oder ihren Stellvertretern auf deren Antrag nach § 28 der Verordnung vom 3. Januar 1849 bereits übertragen, theils mit Beibehaltung der bisherigen Polizeianwälte, die Kostenbeiträge für dieselben von den gutherrlichen Polizeieinhabern übernommen worden sind. In den übrigen Bezirken, wo solche Uebertragungen und Vereinigungen noch nicht zu Stande gebracht sind, werden die polizei-anwaltlichen Funktionen von den bisherigen Polizeianwälten gegen Vergütung aus dem Fonds des Ministerii des Innern so lange fortgeführt, bis solche Einigungen gleichfalls zu Stande kommen. Was die in den beiden Häusern angeregten legislativen Maßregeln betrifft, so müssen dieselben noch einer näheren Erwägung vorbehalten bleiben.

Die Sache ist damit abgethan und man fährt nun in der Berathung des Gewerbe-Steuer-Gesetzes fort. § 4 ist schon gestern mitgetheilt. Die Erleichterung, welche 11 der größten Städte des Landes insofern besitzen, als die Angehörigkeit zur kaufmännischen Korporation Bedingung zur Besteuerung für den Handel mit kaufmännischen Rechten ist, wird darin aufgehoben. Zur genaueren Fassung des Satzes, daß der Paragraph enthält, wird von Strohn folgende Abänderung des Wortlauts vorgeschlagen:

§ 4. Die Veranlagung zu der Steuer für den Handel mit kaufmännischen Rechten bestimmt sich fortan nirgends mehr nach den Gesetzen des Orts über den Erwerb kaufmännischer Rechte, sondern überall nach den übrigen in den §§ 3 u. ff. des Gewerbe-Steuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820 enthaltenen allgemeinen Vorschriften.

Der Reg.-Kommissar, Geh. R. Hellwig, tritt dieser Aenderung bei. Das Haus gleichfalls.

§ 5 lautet: Der Steuer für den Handel ohne kaufmännische Rechte sind fortan auch unterworfen: die Besitzer von Leihbibliotheken und andern Leih-Anstalten, die Besitzer von Bade-Anstalten und alle Personen, welche aus der Uebernahme von Aufträgen, namentlich aus der Abfassung schriftlicher Aufträge für Andere ein Gewerbe machen.

Die letztere Kategorie hat den Kommissionsvorschlag näher präcisiert, indem er sagt:

Diejenigen im § 49 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 bezeichneten Personen, welche aus der Uebernahme u. s. w.

v. Patow will die letztere Kategorie ganz gestrichen wissen, da in den östlichen Provinzen derartige öffentliche Schreiber vermöge des allgemeinen Bildungsstandes noch keineswegs entbehrlieh seien. Oerrath motivirt in diesem Sinne den Vorschlag.

v. Jagow will die letztere Kategorie näher durch den Zusatz begrenzen: „Unter den Badeanstalten sind solche Badeapparate nicht zu verstehen, welche in Badeorten von Gastwirthen und Zimmermännern den Badenden nebenbei mit überlassen werden.“ — Hr. Pfeil (Neurode) empfiehlt im Interesse der Gefandtenbesitzer eine Beschränkung der Badebesitzerpflichtigkeit.

v. Mallinckrodt und Behrend (Danzig) befürworten ebenfalls Milderung gegen die öffentlichen Schreiber und gegen Kommissionsräthe. Wenzel fügt hinzu, daß dem Ministeriumsentum durch die Besteuerung ein gefährlicher Vorbehalt geleistet werde.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

§ 6 bestimmt die Steuerhöhe der Salz-, Speise- und Schankwirtschaften, deren Mittelfuß in den vier Abtheilungen 18, 12, 8 und 6 Thlr., der niedrigste in der ersten und zweiten Abtheilung 4, in der dritten und vierten 2 Thlr. jährlich betragen soll. — Votum beantragt die Herabsetzung der Mittelfuß auf 15, 10, 6 resp. 4 Thlr. v. Patow will den Paragraphen überhaupt gestrichen haben. — Votum wünscht ferner Steuerfreiheit für den Kaffee- und Schokoladen-Schank, wenn derselbe ausschließlich und in einem der Mittelfußbestimmung nicht gewachsenen Umfange betrieben wird. Er bestreitet zur Unterstützung seines Principalantrages, daß das Schankgewerbe noch so gewinnreich wie früher sei. — v. Patow weist, zur Unterstützung seines Antrages, die Steuer beim Allen zu belassen, darauf hin, daß der moderne Verkehr, Eisenbahnen u. dgl., den Gastwirthen nicht zuträglich gewesen sei. — Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß die Steuer der größten Berliner Hotels, die meist nur auf circa 100 Thlr. normirt sei, zu gering erscheine.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

§ 6 bestimmt die Steuerhöhe der Salz-, Speise- und Schankwirtschaften, deren Mittelfuß in den vier Abtheilungen 18, 12, 8 und 6 Thlr., der niedrigste in der ersten und zweiten Abtheilung 4, in der dritten und vierten 2 Thlr. jährlich betragen soll. — Votum beantragt die Herabsetzung der Mittelfuß auf 15, 10, 6 resp. 4 Thlr. v. Patow will den Paragraphen überhaupt gestrichen haben. — Votum wünscht ferner Steuerfreiheit für den Kaffee- und Schokoladen-Schank, wenn derselbe ausschließlich und in einem der Mittelfußbestimmung nicht gewachsenen Umfange betrieben wird. Er bestreitet zur Unterstützung seines Principalantrages, daß das Schankgewerbe noch so gewinnreich wie früher sei. — v. Patow weist, zur Unterstützung seines Antrages, die Steuer beim Allen zu belassen, darauf hin, daß der moderne Verkehr, Eisenbahnen u. dgl., den Gastwirthen nicht zuträglich gewesen sei. — Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß die Steuer der größten Berliner Hotels, die meist nur auf circa 100 Thlr. normirt sei, zu gering erscheine.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

§ 6 bestimmt die Steuerhöhe der Salz-, Speise- und Schankwirtschaften, deren Mittelfuß in den vier Abtheilungen 18, 12, 8 und 6 Thlr., der niedrigste in der ersten und zweiten Abtheilung 4, in der dritten und vierten 2 Thlr. jährlich betragen soll. — Votum beantragt die Herabsetzung der Mittelfuß auf 15, 10, 6 resp. 4 Thlr. v. Patow will den Paragraphen überhaupt gestrichen haben. — Votum wünscht ferner Steuerfreiheit für den Kaffee- und Schokoladen-Schank, wenn derselbe ausschließlich und in einem der Mittelfußbestimmung nicht gewachsenen Umfange betrieben wird. Er bestreitet zur Unterstützung seines Principalantrages, daß das Schankgewerbe noch so gewinnreich wie früher sei. — v. Patow weist, zur Unterstützung seines Antrages, die Steuer beim Allen zu belassen, darauf hin, daß der moderne Verkehr, Eisenbahnen u. dgl., den Gastwirthen nicht zuträglich gewesen sei. — Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß die Steuer der größten Berliner Hotels, die meist nur auf circa 100 Thlr. normirt sei, zu gering erscheine.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

§ 6 bestimmt die Steuerhöhe der Salz-, Speise- und Schankwirtschaften, deren Mittelfuß in den vier Abtheilungen 18, 12, 8 und 6 Thlr., der niedrigste in der ersten und zweiten Abtheilung 4, in der dritten und vierten 2 Thlr. jährlich betragen soll. — Votum beantragt die Herabsetzung der Mittelfuß auf 15, 10, 6 resp. 4 Thlr. v. Patow will den Paragraphen überhaupt gestrichen haben. — Votum wünscht ferner Steuerfreiheit für den Kaffee- und Schokoladen-Schank, wenn derselbe ausschließlich und in einem der Mittelfußbestimmung nicht gewachsenen Umfange betrieben wird. Er bestreitet zur Unterstützung seines Principalantrages, daß das Schankgewerbe noch so gewinnreich wie früher sei. — v. Patow weist, zur Unterstützung seines Antrages, die Steuer beim Allen zu belassen, darauf hin, daß der moderne Verkehr, Eisenbahnen u. dgl., den Gastwirthen nicht zuträglich gewesen sei. — Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß die Steuer der größten Berliner Hotels, die meist nur auf circa 100 Thlr. normirt sei, zu gering erscheine.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

§ 6 bestimmt die Steuerhöhe der Salz-, Speise- und Schankwirtschaften, deren Mittelfuß in den vier Abtheilungen 18, 12, 8 und 6 Thlr., der niedrigste in der ersten und zweiten Abtheilung 4, in der dritten und vierten 2 Thlr. jährlich betragen soll. — Votum beantragt die Herabsetzung der Mittelfuß auf 15, 10, 6 resp. 4 Thlr. v. Patow will den Paragraphen überhaupt gestrichen haben. — Votum wünscht ferner Steuerfreiheit für den Kaffee- und Schokoladen-Schank, wenn derselbe ausschließlich und in einem der Mittelfußbestimmung nicht gewachsenen Umfange betrieben wird. Er bestreitet zur Unterstützung seines Principalantrages, daß das Schankgewerbe noch so gewinnreich wie früher sei. — v. Patow weist, zur Unterstützung seines Antrages, die Steuer beim Allen zu belassen, darauf hin, daß der moderne Verkehr, Eisenbahnen u. dgl., den Gastwirthen nicht zuträglich gewesen sei. — Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß die Steuer der größten Berliner Hotels, die meist nur auf circa 100 Thlr. normirt sei, zu gering erscheine.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

§ 6 bestimmt die Steuerhöhe der Salz-, Speise- und Schankwirtschaften, deren Mittelfuß in den vier Abtheilungen 18, 12, 8 und 6 Thlr., der niedrigste in der ersten und zweiten Abtheilung 4, in der dritten und vierten 2 Thlr. jährlich betragen soll. — Votum beantragt die Herabsetzung der Mittelfuß auf 15, 10, 6 resp. 4 Thlr. v. Patow will den Paragraphen überhaupt gestrichen haben. — Votum wünscht ferner Steuerfreiheit für den Kaffee- und Schokoladen-Schank, wenn derselbe ausschließlich und in einem der Mittelfußbestimmung nicht gewachsenen Umfange betrieben wird. Er bestreitet zur Unterstützung seines Principalantrages, daß das Schankgewerbe noch so gewinnreich wie früher sei. — v. Patow weist, zur Unterstützung seines Antrages, die Steuer beim Allen zu belassen, darauf hin, daß der moderne Verkehr, Eisenbahnen u. dgl., den Gastwirthen nicht zuträglich gewesen sei. — Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß die Steuer der größten Berliner Hotels, die meist nur auf circa 100 Thlr. normirt sei, zu gering erscheine.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

§ 6 bestimmt die Steuerhöhe der Salz-, Speise- und Schankwirtschaften, deren Mittelfuß in den vier Abtheilungen 18, 12, 8 und 6 Thlr., der niedrigste in der ersten und zweiten Abtheilung 4, in der dritten und vierten 2 Thlr. jährlich betragen soll. — Votum beantragt die Herabsetzung der Mittelfuß auf 15, 10, 6 resp. 4 Thlr. v. Patow will den Paragraphen überhaupt gestrichen haben. — Votum wünscht ferner Steuerfreiheit für den Kaffee- und Schokoladen-Schank, wenn derselbe ausschließlich und in einem der Mittelfußbestimmung nicht gewachsenen Umfange betrieben wird. Er bestreitet zur Unterstützung seines Principalantrages, daß das Schankgewerbe noch so gewinnreich wie früher sei. — v. Patow weist, zur Unterstützung seines Antrages, die Steuer beim Allen zu belassen, darauf hin, daß der moderne Verkehr, Eisenbahnen u. dgl., den Gastwirthen nicht zuträglich gewesen sei. — Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß die Steuer der größten Berliner Hotels, die meist nur auf circa 100 Thlr. normirt sei, zu gering erscheine.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

§ 6 bestimmt die Steuerhöhe der Salz-, Speise- und Schankwirtschaften, deren Mittelfuß in den vier Abtheilungen 18, 12, 8 und 6 Thlr., der niedrigste in der ersten und zweiten Abtheilung 4, in der dritten und vierten 2 Thlr. jährlich betragen soll. — Votum beantragt die Herabsetzung der Mittelfuß auf 15, 10, 6 resp. 4 Thlr. v. Patow will den Paragraphen überhaupt gestrichen haben. — Votum wünscht ferner Steuerfreiheit für den Kaffee- und Schokoladen-Schank, wenn derselbe ausschließlich und in einem der Mittelfußbestimmung nicht gewachsenen Umfange betrieben wird. Er bestreitet zur Unterstützung seines Principalantrages, daß das Schankgewerbe noch so gewinnreich wie früher sei. — v. Patow weist, zur Unterstützung seines Antrages, die Steuer beim Allen zu belassen, darauf hin, daß der moderne Verkehr, Eisenbahnen u. dgl., den Gastwirthen nicht zuträglich gewesen sei. — Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß die Steuer der größten Berliner Hotels, die meist nur auf circa 100 Thlr. normirt sei, zu gering erscheine.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

§ 6 bestimmt die Steuerhöhe der Salz-, Speise- und Schankwirtschaften, deren Mittelfuß in den vier Abtheilungen 18, 12, 8 und 6 Thlr., der niedrigste in der ersten und zweiten Abtheilung 4, in der dritten und vierten 2 Thlr. jährlich betragen soll. — Votum beantragt die Herabsetzung der Mittelfuß auf 15, 10, 6 resp. 4 Thlr. v. Patow will den Paragraphen überhaupt gestrichen haben. — Votum wünscht ferner Steuerfreiheit für den Kaffee- und Schokoladen-Schank, wenn derselbe ausschließlich und in einem der Mittelfußbestimmung nicht gewachsenen Umfange betrieben wird. Er bestreitet zur Unterstützung seines Principalantrages, daß das Schankgewerbe noch so gewinnreich wie früher sei. — v. Patow weist, zur Unterstützung seines Antrages, die Steuer beim Allen zu belassen, darauf hin, daß der moderne Verkehr, Eisenbahnen u. dgl., den Gastwirthen nicht zuträglich gewesen sei. — Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß die Steuer der größten Berliner Hotels, die meist nur auf circa 100 Thlr. normirt sei, zu gering erscheine.

Die Abstimmung ergibt Annahme des v. Jagowschen Zusatzes, dagegen dem Antrage v. Patow gemäß, Streichung des zweiten Alinea.

habe. v. Patow beweist die geringe Einträglichkeit der qu. Gewerbe daraus, daß hier die Söhne verhältnismäßig selten das Gewerbe des Vaters ergreifen. — Die Amendements werden schließlich abgelehnt, die Regierungs-vorlage pure angenommen.

§ 10 lautet: Weberei und Wollerei ist gewerbesteuerfrei, sofern dieselbe auf nicht mehr als drei Stühlen betrieben wird. — Die Kommission hat statt der drei „vier“ Stühle proponirt. — Diese Abänderung wird mit 135 gegen 112 Stimmen angenommen.

§ 11 bestimmt: Die Steuer für den Betrieb des Schiffergewerbes mit Stromschiffen und Leichterschiffen, mit Ausnahme der Dampfschiffe, wird auf 1 Thlr. für jede 6 Last Tragfähigkeit der benutzten Fahrzeuge ermäßigt. Für den Betrieb der Schifffahrt mit Dampfschiffen auf Flüssen und Binnengewässern beträgt die Steuer fortan 15 Sgr. jährlich für jede Pferdekraft der Dampfmaschine, es mögen die Dampfschiffe selbst zur Beförderung von Gegenständen oder zum Schleppen anderer Fahrzeuge verwendet werden. Flußfahrzeuge, welche durch Dampfschiffe fortbewegt werden, stehen hinsichtlich der Besteuerung den Segelschiffen gleich.

Reichenperger bringt hier die Rechte zur Sprache, welche durch Verträge der Schifffahrt, besonders auf dem Rhein, zugesichert worden, und wünscht, daß ein besonderer Vorbehalt in Bezug auf diese in dem Paragraphen ausgesprochen werde. — Der Regierungs-Kommissar entgegnet, daß derartige Vorbehalte schon früher geltend gemacht, aber als nicht nachgewiesen worden wären. Ein solcher Vorbehalt würde also nur unbedeutende Hoffnungen wieder wecken.

Man lehnt den Vorbehalt ab und nimmt den § 11 unverändert an. — § 12 lautet: Die volle Steuer für den Gewerbebetrieb im Umgezeihen beträgt fortan 16 Thlr. statt 12 Thlr. jährlich. In Betreff der Vorschriften wegen Ertheilung von Gewerbebescheinigungen zu ermäßigten Sätzen wird durch diese Bestimmung nichts geändert.

v. Gennig führt gegen diese Erhöhung die Nothwendigkeit dieses Gewerbes für das platte Land an und wünscht deshalb die Streichung. von Patow tritt dem bei, der Regierungs-Kommissar hält die Bestimmung aufrecht, das Haus tritt ihm bei.

Die Sitzung schließt damit um 3 Uhr. Die nächste findet morgen, Mittwoch, um 10 1/2 Uhr statt. Das Gesetz gegen die ausländischen Banknoten wird auf die Tagesordnung derselben gesetzt.

Herrenhaus. 28. Sitzung am 28. April.

Am Ministerische: v. d. Heydt, Simons, v. Manteuffel I. und fünf Regierungen-Kommissarien.

Präsident Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Es wird sogleich zur Tagesordnung übergegangen, deren ersten Gegenstand der Bericht der Finanz-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend das Verbot der Zahlungsfähigkeit mittelst ausländischer Banknoten und ähnlicher Werthezeichen, bildet.

Seit Publikation des Gesetzes vom 14. Mai 1855, betreffend das Verbot ausländischer Werthezeichen zum Betrage unter 10 Thlr., heißt es im Kommissionsberichte, habe durch die entstandenen Banken in den kleinen deutschen Staaten der Betrag der von denselben ausgegebenen Noten sich bis zu einer ungläubigen Höhe gesteigert, und da auch eine Erweiterung der preussischen Bank eingetreten und die Konfessionierung von Privatbanken in allen Provinzen erfolgt, hierdurch aber für Verkehrsmittel in Preußen in größerem Maße gesorgt sei, so habe die Staats-Regierung es für das Wohl des Landes für geboten erachtet, mit einem Verbote aller fremden Werthezeichen vorzugehen, soweit diese nicht von einem deutschen Staate selbst ausgestellt worden seien.

Hiergegen sei in der Kommission das Bedenken laut geworden, daß, da die fremden Banknoten so leichten Eingang in Preußen gefunden, hieraus auf ein Bedürfnis nach vermehrten Werthezeichen geschlossen werden könne, und daher das Verbot auf die Werthezeichenverhältnisse in Preußen ungünstig einwirken werde. Auch sei zu bedenken, daß durch das Verbot mehrere deutsche Staaten hart betroffen werden würden und Retorsions-Maßregeln zur Folge haben könnten. Es dürfte daher angemessener sein, mit den betreffenden Staaten über Regelung des Bankwesens und gemeinsamer Normativ-Bedingungen erst zu verhandeln, jedenfalls aber der Staats-Regierung rüchlichst solcher fremden Banken, deren Noten als gesichert erschienen, eine Ausnahme vom Verbote vorzubehalten.

Der Handels-Minister habe hierauf im Wesentlichen erklärt, daß, da zur Ausgabe von Werthezeichen in Preußen nur der Befugte, der landesherlich dazu concessionirt sei, es nicht billig erscheine, dem Ausländer größeres Recht einzuräumen. Nachdem nun, besonders aus den Grenzprovinzen des preuss. Staates, wiederholte und dringende Anträge auf schleunige Abhilfe gegen die Ueberfüllung des Geldmarktes mit fremden Werthezeichen gestellt worden, habe die Staats-Regierung sich verpflichtet gehalten, jetzt schnell und kräftig einzuschreiten. Es seien seit 1855 den bis dahin bestandenen und meist gut fundirten Banken eine Menge neuer, mit bedeutendem Noten-Umlauf, hinzugekommen, welche letzterer Betrag die Summe von 102 Mill. Thlrn. übersteige, während die preussische Bank nur 50 Mill. Thlrn. in Noten im Umlauf habe und der Noten-Betrag der Provinzial-Banken 9 Mill. nicht übersteige werde. Die Menge der zirkulirenden Noten, drohe dadurch Gefahr, daß die betreffenden Banken in ihrer Fundirung und Verwaltung zum Theil keinem günstigen Urtheile Raum geben, und daß mit der steigenden Masse des Papiergeldes das Silber immer mehr schwinde, auf dessen Balust das preussische Finanzwesen gegründet sei. Die Befürchtung gegen die vorgeschlagene Maßregel, daß dieselbe einen fühlbaren Mangel an Werthezeichen herbeiführen könne, theile die Staats-Regierung nicht. Das Quantum der von der preussischen Bank und von den Provinzial-Banken auszugebenden Noten werde für den Verkehr um so mehr ausreichen, als ihr Umlauf, nach Ermäßigung des Gesetzes, sich mehr auf das Inland beschränken werde. Auch sei der Termin für die eintretende Wirksamkeit des Gesetzes so geräumig abgemessen, daß bis dahin eine Abwicklung der Geschäfte erfolgen könne. Endlich habe die Staats-Regierung auch das Ausland über ihre das Bankwesen und die Noten-Emission betreffenden Grundzüge nie in Zweifel gelassen. Verhandlungen aber über die Feststellung von Normativ-Bedingungen für das gesamte Bankwesen, würden aber einen bedeutenden Zeitaufwand erfordern, auf dessen Ablauf nicht zu warten sei. Aus allen diesen Gründen müsse die Staats-Regierung dem Landtage die Annahme des vorgelegten Gesetzes empfehlen.

Aus dem Schooße der Kommission sei dann vielseitig das Anerkennung der Nichtigkeit der durch den Handels-Minister dargelegten Ansichten der Staats-Regierung ausgesprochen worden, und trage die Kommission schließlich bei dem Herrenhause darauf an: dem Gesetzentwurfe, betreffend das Verbot der Zahlungsfähigkeit mittelst ausländischer Banknoten und ähnlicher Werthezeichen, — unter Feststellung des Termins seiner Gesetzeskraft auf den 1. Januar 1858, übrigens aber unverändert, — die Zustimmung zu ertheilen.

Nachdem der Berichterstatter, Hr. Groddeck, das Wesentliche aus dem Kommissionsberichte referirt, äußert zunächst

Hr. Nummel sich für die Gesetzesvorlage, indem er es als besonders bedenklich hervorhebt, daß die fremden Werthezeichen so leicht angefertigt werden, daß eine Menge falscher Papiere davon die Folge sei, während die preuss. Werthezeichen mit großer Sorgfalt angefertigt würden.

Herr Haffelbach erklärt, nicht ohne Bedenken der Vorlage in der Kommission seine Zustimmung gewährt zu haben. Es sei nämlich wohl als begründet anzuerkennen, daß in Folge der Schwierigkeit in Erlangung von Konfessionen zu Privatbanken in Preußen, auswärts dergleichen entstanden

feien, um einen Mangel an Werthzeichen zu beseitigen. Daß daraus dann eine Ueberschwemmung des Geldmarktes an fremden Werthzeichen eingetreten sei, könne eingeräumt werden, doch ändere das nicht die Veranlassung dieser Erscheinung. Seine Zustimmung zu dem Gesetze habe er (der Redner) besonders an die Bedingung geknüpft, die Befugnisse der Provinzial-Banken zu erweitern, und der Regierungen-Kommissionen habe auch eine dahin gehende Erklärung abgegeben. Seine fremden Banken, denen man jetzt gegenüber sich zu entscheiden habe, hätten sogar eine Zeit hindurch für mehrere preussische Provinzen sehr segensreich gewirkt.

Der Redner hatte im Laufe seiner Rede den Standpunkt des Vorredners in Beurtheilung der Vorlage als „beschränkt“ bezeichnet.

Präsident sieht sich veranlaßt, dem letzten Redner am Schlusse seiner Rede diesen Ausdruck als unangehörig zu moniren.

Herr v. Buddenbrock ist dahin mit dem Vorredner einverstanden, daß die preuss. Banken und ihre Befugnisse zulässig erweitert werden, aber ebenso wichtig sei auch, einer Ueberschwemmung des Geldmarktes mit fremden Werthpapieren Ueberwachung zuzuwenden und namentlich auch die Qualität der Banken in Betracht zu nehmen. Diesen beiden Beziehungen wolle die Vorlage genügen und daher sei ihre Annahme zu empfehlen.

Ein Regierungskommissarius motivirt den Gesetzentwurf in Uebereinstimmung mit den von der Staats-Regierung in der Kommission ausgeprochenen und in deren Bericht enthaltenen Gründen, während Herr Pieper, wenn die Kürze der Zeit es erlaube, zu dem Entwurf ein Amendement stellen würde, da es ihm scheine, daß die guten fremden Banken mit ihren Werthpapieren und überhaupt nur solche von 50 Thln. und darüber von der Wirkung des Gesetzes hätten ausgenommen werden können.

In der folgenden Abstimmung werden erst die einzelnen §§ des Gesetzes und dann dieses vom Ganzen angenommen.

Es folgt als zweiter Gegenstand der Tages-Ordnung der Kommission. Bericht über den Antrag des Herrn v. Meding, betreffend eine Reform des Hypothekenwesens. Der Bericht konzentriert sich in 11 von ihm aufgestellten Anträgen, die in der Kommission meist einstimmig angenommen wurden, und welche jene an das Herrenhaus stellt.

Herr v. Meding hebt als besonders beachtenswerth für eine Reform des Hypothekenwesens hervor, daß nach der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes es sehr wünschenswerth sei, guten Hypotheken das Kapital wieder zugänglicher zu machen. Graf Rittberg hält dafür, daß die Staats-Regierung auf dem in Rede stehenden Gebiete stets mit zulässiger Rückstufung verfahren sei, und glaube er, daß einige der gestellten Kommissions-Anträge ebenso Berücksichtigung finden würden, wie sie deren würdig seien.

Zustiz-Minister: Der Herr Antragsteller habe den Wunsch ausgesprochen, das Hypotheken-Wesen vereinfacht zu sehen, und das sei um so mehr zugeben, als die Verhältnisse seit Erlaß der Hypotheken-Ordnung im Jahre 1783 sich vielfach geändert. Eine von der Staats-Regierung im Jahre 1834 publizierte Novelle über denselben Gegenstand habe schon diesen Zweck verfolgt. Wenn nun die Kommission eine Reihe von Konfusionen aufgestellt, welche sie einer umfassenden Umarbeitung der Hypotheken-Ordnung zum Grunde gelegt wünscht, so seien doch dieselben theils so allgemein, theils so weit gehend, daß darauf nur erklärt werden könne, daß die Staats-Regierung sie jedenfalls wohl erwägen werde.

Nachdem hierauf von dem Hause der Antrag der Kommission angenommen wird, daß das Herrenhaus die Staatsregierung ersuchen möge, baldmöglichst einen Gesetzentwurf zur weiteren Reform des Hypothekenwesens vorzulegen, wird auch der Antrag vom Herrn v. Gaffron angenommen, nach Beendigung der General-Diskussion von einer Spezial-Berathung der einzelnen Kommissions-Vorschläge abgesehen und diese der Staats-Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, worauf die Sitzung um 3 1/2 Uhr geschlossen und die nächste auf den 29. April um 12 Uhr anberaumt wird.

Berlin, 28. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem ordentlichen Professor an der Universität zu Berlin, Geheimen Medizinalrath Dr. Busch den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Bürgermeister Pingel zu Erfurt den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, dem Brauereibesitzer und Gutsbesitzer Heider zu Reichswald, im Kreise Wohlau, den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Hautboisten erster Klasse, Louis Götz, und dem Gefreiten Gustav Schulze im Sec-Bataillon, so wie dem Matrosen erster Klasse Robert Maas in der königl. Marine die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; ferner Allerhöchstden Rabinensrath Markus Carsten Nikolaus Niebuhr in den Adelsstand zu erheben. — Der Baumeister Warsow zu Saarlouis ist zum königl. Kreisbaumeister ernannt und demselben die Kreisbaumeisterstelle zu Düren verliehen worden. — Am Gymnasium zu Ratibor ist der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Heinrich Storch als ordentlicher Lehrer angestellt worden. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem fürstlich Wied'schen Kammer-Direktor, Freiherrn v. Vibra zu Neuwied, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Schweden und Norwegen Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Nordsterns-Ordens zu ertheilen.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. etc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Für die in Gemäßheit der Gesetze vom 19. Mai 1851 und 7. Mai 1855 (Gesetz-Sammlung S. 335 und 266) prokludierten Kassenanweisungen vom 2. Januar 1835 und Darlehensanweisungen vom 15. April 1848 ist durch die Hauptverwaltung der Staatsschulden Erlass zu gewähren.

§ 2. Die Staatsregierung hat die Endfrist zu bestimmen, bis zu welcher dieser Erlass (§ 1) zu leisten ist, und solche durch die Amtsblätter und durch Zeitungen sämtlicher Provinzen, so wie durch die Ortsbehörden bekannt zu machen.

§ 3. Die zur Erlassleistung (§ 1) erforderlichen Geldmittel sind der Hauptverwaltung der Staatsschulden aus den baaren Beständen des Staatsschatzes zu überweisen.

§ 4. Der Finanzminister ist mit Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Charlottenburg, den 15. April 1857.
(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Mantuffel. v. d. Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen. v. Bodelschwingh. v. Radow. Gr. v. Waldersee. v. Mantuffel II.

Berlin, 28. April. Der Antrag, welchen die Herren v. Below und Stahl im Herrenhause in der hofstein-lauenburger Angelegenheit gestellt haben, gab dem Herrn Ministerpräsidenten zu folgender Erklärung in der Kommission des Hauses Anlaß:

Der Herr Ministerpräsident erklärte: er trete dem Antrage nicht entgegen, erkenne vielmehr dessen wohlmeinende Absicht um so mehr an, als der Antrag dem bisher befolgten Gange der von der Staatsregierung befolgten Politik sich anschließe. Diese Angelegenheit müsse jedoch mit Zurückhaltung behandelt werden, da die diplomatischen Verhandlungen sich noch in der Schwebe befänden, weil Preußen Werth darauf lege, in der betreffenden Politik in Uebereinstimmung mit Oesterreich zu handeln und nicht den Anschein geben wolle, als ob es einseitig innerhalb des Bundes agierend wirke. Preußen sei entschlossen, im Einverständnisse mit Oesterreich den deutschen Herzogthümern den ihnen gebührenden Rechtsschutz zu gewähren und die dazu verfassungsmäßig bestimmten Wege offen zu halten. — Dem Antrage ist die Kommission bekanntlich beigetreten.

Nach dem dem Landtage vorgelegten Separat-Vertrage zum Sundzoll-Vertrag ist die preussische Entschädigungs-Summe von 4,440,027 Rigethaler in 3,330,200 1/2 preuss. Rth. convertirt; dieselben sollen in 40 gleichen Semestraten incl. 4 pCt. Zinsen an jedem 1. April und 1. Oktober in Berlin an einen dänischen Bevollmächtigten gezahlt werden. Preußen behält sich das Recht vor, auch größere Zahlungen zu leisten, und wird an allen Erleichterungen, die Dänemark im Laufe der Zeit anderen Theilnehmern des Sundzollvertrages concedirt, theilnehmen.

Frankreich.

Paris, 26. April. Von Paris aus wird alles Mögliche angeboten, um die Bemühungen der Anhänger der Vereinigung der Do-

nau-Fürstenthümer zu unterstützen. Seit 14 Tagen bestehen sogar in Paris zwei Journale in wallachischer Sprache, die im alleinigen Zwecke, diese Sache zu unterstützen, gegründet worden sind. Das eine wird von religiösen Geistes, das andere von Studenten, natürlich Wallachen, redigirt. In Paris soll man, wie man versichert, den Gedanken, einen fremden Prinzen an die Spitze der Regierung zu stellen, aufgegeben haben. Man versichert im Augenblick, daß ein Rumäne der zukünftige Regent der vereinigten Fürstenthümer sein solle. — Heute um zwei ein halb Uhr begab sich der Kardinal Erzbischof von Paris nach der Kirche Notre Dame de bonne Nouvelle, deren Fest heute ist. An der Ecke der Rue de la Lune angekommen, stürzte der Wagen des Erzbischofs um, und man war genöthigt, ihn aus der oberen Wagenbüre herauszuziehen. Msgr. Morlot, sehr bleich und auf einen Geistlichen gestützt, begab sich zu Fuß nach der Kirche. Man hofft, daß dieser Unfall keine schlimmen Folgen für Msgr. Morlot haben wird. — Das Bankhaus Valié und Comp., das unter der Firma: „Caisse commerciale“, seit einigen Jahren in Havre etablirt war, hat seine Zahlungen eingestellt. Der Direktor dieser Gesellschaft hat Havre verlassen. Verluste an der Börse sollen Schuld an dieser finanziellen Katastrophe sein. (R. 3.)

Italien.

Die sardinische Regierung hat jetzt eine Denkschrift ausarbeiten lassen, die sie an die verschiedenen Höfe befördert hat, deren Beistand und Unterstützung der Fürst von Monaco in Anspruch genommen hat, worin sie sich ausführlich über den Streit mit demselben ausdrückt. Im Jahr 1848 wurden nämlich die beiden Gemeinden Mentone und Roquebrune auf deren einstimmigen Wunsch Sardinien einverleibt. In dieser Denkschrift wird nachgewiesen, daß das in Monaco regierende Haus Grimaldi die beiden Dristhaften Mentone und Roquebrune nur als Lehn von Sardinien besessen habe. Der Fürst könne daher auf kein Souveränitätsrecht Anspruch machen, sondern höchstens auf eine Entschädigung für die ihm entzogenen Lehen. Die sardinische Regierung sagt dabei, daß sie sich bereit erklärt habe, dem Fürsten eine billige Entschädigung zu bewilligen, doch die Ansprüche desselben seien so übertrieben gewesen, daß es bis jetzt noch zu keinem Vergleich gekommen sei. Würde der Fürst von Monaco nicht von Defferreich in seinen Forderungen unterstützt, so hätte der Streit gar keine Bedeutung, doch England und Frankreich werden verhindern, daß der Streit weiter getrieben wird.

Berlin, 28. April. Die Börse eröffnete heute mit einer entschiedenen Klause, und behielt diesen Charakter bis in die zweite Hälfte der Geschäftszeit hinein. Dann trat insofern eine Besserung ein, als die Abgeber zurückhaltender wurden. Nichts desto weniger bewegte sich das Geschäft bis zu Ende nur in den engsten Grenzen, und nur Deckungsbedürfnisse waren im Stande, zum Kaufen anzuregen, und dadurch den Cours mehrerer Effecten dem Stande wieder zu nähern, auf welchem die gestrige Börse dieselben gelassen hatte.

Oesterreichische Kreditaktien, die unter den Bank- und Crediteffecten heute wohl am meisten gehandelt wurden, eröffneten sogleich 3 — 3 1/2 % niedriger als sie gestern geschlossen, und erholten sich auch nach einem weiteren Rückgange von 2 % nicht wieder. — Eben so gingen thüringische und braunschweigische Bankaktien um 1 1/2 % zurück, weimarische um 1 1/2 %, norddeutsche um 1/2 %, ja sogar preussische Bankantheile wurden 1/2 % billiger angetragen, ohne Käufer zu finden. Am festesten behaupteten sich darmstädter Zettelbank-Aktien, die schließlich selbst zu dem gestrigen Course noch zu placieren waren. Diskonto-Kommandit-Antheile handelte man meist 1/2 % unter dem gestrigen Schlusscourse; darmstädter waren meist 2 % billiger zu haben, gegen den Schluss erholten sie sich um 1/2 %. Preussische Handels-Gesellschaft erholte und behauptete sich nach einem anfänglichen kleinen Rückgange ungeachtet der zum 28. d. Mts. ausgeschriebenen zweiten Einzahlung.

Wir bemerken noch, daß die Annahme des Banknotengesetz durch das Herrenhaus einen erkennbaren Einfluß auf die Börse nicht geübt hat. Wohl aber mag ein solcher Einfluß von einem erneuten Versuche ausgegangen sein, die russischen Eisenbahn-Promessen an den Markt zu bringen. Hier wollen wir nur noch anführen, daß man die Forderungen herabgestimmt hat und sich an einem Course von 102 1/2 % genügen ließ.

Der Eisenbahn-Aktien-Verkehr im Allgemeinen war matt und die wenigen Devisen, in welchen Umsätze erfolgt sind, verfolgten eine rückgängige Coursebewegung. Namentlich waren die schlesischen Aktien im Handel, aber nur mit dem Charakter einer entschiedenem Baiffe. Nur bei wenigen gab sich zuletzt eine Tendenz zu erkennen, die eine Besserung in Aussicht stellt. Wir notiren demnach heute folgende: 3 % niedriger, freiburger 2 1/2 %, die sich dann aber um 1/2 % erholten; jüngste freiburger 1 — 1 1/2 %; brieg-neisser 1 1/2 %, ober-schlesische Litt. A. 1 1/2 — 2 %, C. 2 %, zuletzt nur 1 1/2 %; B. hob sich gegen den gestrigen niedrigsten Cours um 1/2 %. Dypeln-tarnowitzer drückten sich um 2 %. Die Franzosen gingen 1 1/2 — 2 % Thlr. zurück, per Mai für etwa 1 Thlr. billiger. Um 1 % wichen anhalt, Elbschiffahrt, herbar, jüngste rheinische; hamburger und alte rheinische um 1/2 %. Thüringer 1 1/2 %. Bergisch-märkische waren die einzigen, die zum gestrigen Course gefragt blieben.

Preussische Fonds verkehrten durchaus matt.

Von den ausländischen Fonds waren die österreichischen entschieden flauer, und küßten Metalliques 1/2 und 1/2, Nationalanleihe 1/2 und 1/2 und Loose 1/2 gegen die gestrige Notiz ein; Loose blieben auch zum herabgesetzten Course zu haben. Die russischen und polnischen Effecten waren geschäftlos.

Das Geschäft in Wechseln war ziemlich lebhaft. Lang Holland 1/2, lang Banco 1/2 und London 1/2 Sgr. billiger; für kurz Petersburg bewilligte man 1/2 mehr. Geld blieb für kurz Banco und Augsburg. (Bank-u. S.-3.)

Industrie-Aktien-Bericht.

Berlin, 28. April 1857.
Feuer-Versicherungen: Aachen-Rüngener 1470 Gl. (incl. Div.) Berlinische — (incl. Div.) Borussia — Colonia 1050 Gl. (incl. Div.) Elberfelder 250 Gl. (incl. Div.) Magdeburger 450 Br. (incl. Div.) Stuttgarter National- 119 Br. (incl. Div.) Schleifische 104 Br. (incl. Div.) Leipziger incl. Div. 590 Br. Rückversicher.-Aktien: Aachener incl. Div. 400 Gl. Kölnische 104 1/2 Br. (incl. Div.) Allgemeine Eisenb. u. Lebensvers. 100 Br. (incl. Div.) Hagel-Versicherungs-Aktien: Berliner — (incl. Div.) Kölnische 100 Br. (incl. Div.) Magdeburger 52 Gl. (incl. Div.) Geres 20 Sgr. (incl. Div.) Fluß-Versicherungen: Berlinische Land- u. Wasser- 300 Gl. (incl. Div.) Aegypina 127 1/2 Gl. (incl. Div.) Nieder-rheinische zu Wesel incl. Div. — Lebens-Versicherungs-Aktien: Berlinische 450 Gl. (incl. Div.) Concordia (in Köln) 116 Br. (incl. Div.) Magdeburger 100 Br. (incl. Div.) Dampfschiffahrts-Aktien: Ruhrort 114 Br. (incl. Div.) Müßl. Dampf-Schlepp — Bergwerks-Aktien: Minerva 94 1/2 bez. (incl. Div.) Förder-Hütten-Berein 125 Gl. (incl. Div.) Schweißer (Concordia) 1 u. 11. 104 Gl. (incl. Div.) Gas-Aktien: Continental (Dessau) 102 1/2 bez.

Die Börse war heute in sehr flauer Stimmung, und die meisten Bank- und Credit-Aktien wurden merklich billiger verkauft.

In der 6ten Verlosung 5 %iger Prior.-Oblig. der Friedrich-Wilh.-Nordbahn am 22. April 1857 sind folgende Nummern gezogen worden, welche vom 1. Oktober d. J. an bezahlt werden.

Litt. A. (6 Stück à 500 Thlr.) Nr. 17. 20. 119. 376. 425. 545.
Litt. B. (97 Stück à 100 Thlr.) Nr. 364. 528. 970. 1175. 1468. 1497. 1602. 2056. 2754. 2880. 2972. 3068. 3156. 3204. 3265. 3392. 3586. 3610. 3859. 3923. 4140. 4177. 4213. 4406. 4427. 4528. 4559. 4615. 4638. 4820. 4983. 5011. 5022. 5076. 5717. 5728. 5799. 5866. 5957. 6149. 6220. 6234. 6496. 6531. 6641. 6691. 7100. 7288. 7456. 7504. 7511. 7523. 8015. 8078. 8113. 8229. 8263. 8403. 8557. 8860. 9147. 9481. 9754. 9838. 9840. 9844. 10,081. 10,286. 10,482. 10,547. 10,554. 10,692. 10,805. 11,534. 11,986. 12,171. 12,270. 12,314. 12,370. 12,451. 12,471. 12,628. 12,638. 12,919. 12,973. 13,000. 13,178. 13,370. 13,422. 13,506. 13,554. 13,798. 13,866. 14,190. 14,346. 14,708. 14,924.

London, 27. April. Englischer wie fremder Weizen gingen bei geringem Geschäft um 1s im Preise in die Höhe; Gerste fest; Hafer 6d höher; Frühjahrsgewichte unverändert; Bohnen sind 1s gestiegen; amerikanisches Wehl ist ebenfalls 1s theurer verkauft worden.

Amsterdam, 27. April. Weizen 2 Fl. höher und Roggen 4 Fl. höher mit gutem Geschäft; Gerste etwas besser; Hafer geschäftlos; Raps pro Herbst 79 1/2; Rübel pro Mai 50, pro Herbst 46 1/2.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	99 1/2	B.
Staats-Anl. von 50/52	4 1/2	99 1/2	B.
dito	1853	4 1/2	B.
dito	1854	4 1/2	B.
dito	1855	4 1/2	B.
Staats-Schuld-Sch.	3 1/2	83 1/2	B.
Sechsl. Präm.-Sch.	1855	3 1/2	B.
Präm.-Anl. von 1855	3 1/2	116	B.
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	99 1/2	G. 3 1/2 %
Kur-u. Neumark.	3 1/2	85 1/2	G.
Pommersche	3 1/2	85 1/2	B.
Pommersche	3 1/2	85 1/2	B.
Schlesische	3 1/2	86 1/2	B.
Kur-u. Neumark.	4	92 1/2	B.
Pommersche	4	91 1/2	B.
Pommersche	4	90 1/2	B.
Pommersche	4	91 1/2	B.
Sachsen-Anh.	4	92 1/2	B.
Sachsen-Anh.	4	92 1/2	B.
Friedrichsdor.	4	113 1/2	B.
Louisd'or	4	110 1/2	G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	80 1/2	B.
dito 54er Pr.-Anl.	4	103 1/2	Bz. u. B.
dito Nat.-Anleihe	5	82	etw. Bz. u. B.
Russ.-ögl. Anleihe	5	104 1/2	G.
dito 5te Anleihe	5	100 1/2	G.
ditopol. Sch.-Obl.	4	81 1/2	Bz.
Poln. Pfandbriefe	4	91 1/2	B.
Poln. Oblig. à 500 Fl.	4	87	B.
Poln. à 300 Fl.	5	94 1/2	B.
Poln. à 200 Fl.	5	23	B.
Kurhess. 40 Thlr.	4	41	B.
Baden 35 Fl.	4	28 1/2	B.

Aktien-Course.

Aachen-Düsseldorfer	3 1/2	83	B.
Aachen-Mastricht	4	55	etw. Bz. u. B.
Amsterdam-Rotterd.	4	85	G.
Bergisch-Märkische	4	85	G.
dito Prior.	5	102 1/2	Bz.
dito II. Em.	5	102 1/2	Bz.
Berlin-Anhalt	4	141 1/2	Bz.
Berlin-Hamburger	4	112	Bz.
dito Prior.	4	101	Bz.
dito II. Em.	4	101	Bz.
Berlin-Potsd.-Magdb.	4	130 1/2	G.
dito Prior. A. B.	4	91	B.
dito Lit. C.	4	88 1/2	B.
dito Lit. D.	4	88 1/2	B.
Berlin-Stettiner	4	135 1/2	Bz.
dito Prior.	4	89 1/2	B.
Breslau-Freiburger	4	119	119 1/2 Bz.
dito neueste	4	115	115 1/2 Bz.
Köln-Mindener	3 1/2	145 1/2	Bz.
dito Prior.	4	103	Bz.
dito II. Em.	4	90	B.
dito III. Em.	4	90	G.
dito IV. Em.	4	89 1/2	B.
Düsseldorfer-Elberfelder	4	—	—
Frankf. St.-Kisenbahn	5	138 1/2	137 1/2 Bz.
dito Prior.	3	276	B.
Ludwigsh.-Bexbacher	4	146 1/2	1/2 Bz.
Magdeh.-Halberst.	4	200	Klgt. Bz.
Magdeh.-Wittenberge	4	—	—
Mainz-Ludwigsh.	4	—	—
dito ditto C.	5	—	—
Mecklenburger	4	57 1/2	Bz.
Münster-Hammer	4	—	—
Neisse-Brieger	4	—	—
Neustadt-Weissenb.	4	—	—

Berlin, 28. April. Weizen loco 48 — 84 Thlr. — Roggen loco 42 1/2 bis 43 1/2 Thlr., 86 Sspfd. 42 1/2 — 43 1/2 Thlr. pr. 2050 Pfd. bezahlt, Frühjahr 43 — 44 1/2 Thlr. bezahlt und Brief, 43 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 42 1/2 bis 43 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., 43 1/2 Thlr. Brief, Juni-Juli 42 1/2 — 43 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., 43 1/2 Thlr. Brief, Juli-August 42 — 42 1/2 Thlr. bezahlt, 42 1/2 Thlr. Brief, 42 Thlr. Gld., September-Oktober 40 — 40 1/2 Thlr. bez. u. Gld. 40 1/2 Thlr. Br. — Rübel loco 17 1/2 Thlr. Br., April 17 1/2 Thlr. Brief, 17 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 17 1/2 Thlr. bez. und Brief, 17 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 16 1/2 — 16 1/2 Thlr. bezahlt und Brief, 16 1/2 Thlr. Gld., Juli-August 15 1/2 — 15 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., 15 1/2 Thlr. Brief, September-Oktober 14 1/2 — 14 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., 14 1/2 Thlr. Brief, Okt.-Nov. 14 1/2 — 14 1/2 Thlr. bez. u. Gld., 14 1/2 Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 29 1/2 Thlr., April-Mai und Juni-Juli 30 1/2 — 30 1/2 Thlr. bezahlt und Brief, 30 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 30 1/2 — 30 1/2 Thlr. bezahlt und Brief, 30 1/2 Thlr. Gld., Juli-August 30 1/2 — 30 1/2 Thlr. bezahlt, 31 Thlr. Brief, 30 1/2 Thlr. Gld., Sept.-Oktober 28 1/2 Thlr. bez. u. Brief, 28 1/2 Thlr. Gld. Weizen fest. Roggen loco und Termine bei kleinem Geschäft wesentlich höher bezahlt, schließt sehr fest; gekündigt 100 Bispel. Rübel nahe Termine unverändert, spätere anfänglich höher, schließt etwas ruhiger. Spiritus in fester Haltung und zu anziehenden Preisen gehandelt; gekündigt 20,000 Quart.

Stettin, 28. April. [Bericht von Großmann und Deeg.]

Weizen bei lebhaftem Umsatze zu höheren Preisen gefragt, loco 91/92 pfd. schlesischer 80 1/2 Thlr., 90 pfd. 80 Thlr., schlesischer schwimmend feiner Qualität 78 — 79 Thlr., desgleichen 90 1/2 pfd. 75 Thlr. pr. Connoissement pr. 90 pfd. bezahlt, feiner weißer polnischer 89 pfd. (successive Lieferung 85 1/2 Thlr. und 88 1/2 pfd. polnischer 78 Thlr. pr. 90 pfd. bezahlt, 89 pfd. gelber pommerischer 77 1/2 Thlr., desgleichen 85 pfd. 64 Thlr., Alles pr. 90 pfd. bez., feiner weißer trautauer und fulmer 88 Thlr. Gld., auf Lieferung pr. Frühjahr 88 1/2 pfd. gelber 74 1/2 — 75 Thlr., desgleichen 89 1/2 pfd. schlesischer 80 Thlr. bezahlt, 88 1/2 pfd. gelber pr. Mai-Juni und Juni-Juli 73 Thlr. Gld., desgleichen pr. Juli-August 72 1/2 Thlr. bezahlt. — Roggen behauptet, loco 88 1/2 pfd. 43 Thlr., 87 pfd. 42 1/2 — 42 1/2 Thlr., 86 pfd. 42 Thlr. und 85 pfd. 41 1/2 — 41 1/2 Thlr. pr. 82 pfd. bezahlt, auf Lieferung 82 pfd. pr. April 42 Thlr. bezahlt, pr. Frühjahr 42 1/2 — 42 1/2 Thlr. bezahlt und Brief, 42 1/2 Thlr. Gld., pr. Mai-Juni 42 1/2 Thlr. bez., 42 1/2 Thlr. Br. pr. Juni-Juli 42 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., pr. Juli-August 42 1/2 Thlr. Br., pr. September-Oktober 39 1/2 Thlr. bezahlt. — Gerste zu besseren Preisen gehandelt, loco feine pommerische 42 Thlr., geringere nach Qualität 39 1/2 — 41 Thlr., Dberbruch 40 Thlr., märkische 42 — 42 1/2 Thlr. und schlesische 43 1/2 Thlr. pr. 75 pfd. bez., auf Lieferung pr. Frühjahr 74 1/2 pfd. pommerische 42 1/2 Thlr. bezahlt, desgleichen schlesische 45 — 45 1/2 Thlr. bezahlt, pr. April-Mai und pr. Mai 74 1/2 pfd. schlesische 43 1/2 Thlr. bezahlt, desgleichen pr. Mai-Juni 41 1/2 — 41 1/2 Thlr. bezahlt. — Hafer sehr fest, loco pr. 52 pfd. 23 Thlr. bezahlt, pr. Frühjahr 50 1/2 pfd. 23 Thlr. bezahlt. — Erbsen loco kleine Roth- 40 — 45 Thlr., Futtererbsen 37 — 39 Thlr. bezahlt. — Rübel fest, loco 17 1/2 Thlr. Gld., pr. April 17 1/2 Thlr. bez., pr. April-Mai 17 1/2 Thlr. bezahlt und Brief, 17 1/2 Thlr. Gld., pr. September 14 1/2 Thlr. bezahlt, pr. September-Oktober 14 1/2 — 14 1/2 Thlr. bezahlt. — Feinöl loco ckl. Faß 14 1/2 Thlr. Brief, pr. April-Mai 14 1/2 Thlr. bezahlt. — Spiritus matter, loco ohne und mit Faß 12 1/2 % bezahlt, pr. Frühjahr 12 1/2 — 12 1/2 % bezahlt, pr. Mai-Juni 12 1/2 — 12 1/2 % bezahlt, pr. Juni-Juli und Juli-August 12 1/2 % Gld., 12 % Brief, pr. August-September 11 1/2 % Brief, pr. September-Oktober 12 1/2 % Brief, pr. Oktober-November 13 1/2 % Br.

Heutiger Landmarkt. Zufuhr: 3 B. Weizen, 7 B. Roggen, 6 B. Gerste, 4 B. Hafer.

Bezahlte wurde Weizen mit 44 — 68 Thlr., Roggen mit 36 — 44 Thlr., Gerste mit 36 — 42 Thlr., Erbsen mit 39 — 46 Thlr. pr. 25 Scheffel und Hafer mit 19 — 24 Thlr. pr. 26 Scheffel.

Breslau, 29. April. [Produktenmarkt.] Für Weizen, Roggen und Gerste lebhafter Kaufsatz, beste Sorten etwas besser bezahlt, Hafer und Erbsen flau, mittelmäßige Zufuhr. — Delsaaten ohne Angebot. — Kleesaaten sehr schwach gekauft, auch nur unbedeutend offerirt. — Spiritus matt, loco 11 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 12 1/2 Thlr. Gld.

Weizen, weißer 92 — 86 — 82 Sgr., gelber 87 — 85 — 82 — 78 Sgr. — Brenner-Weizen 70 — 65 — 60 — 55 Sgr. — Roggen 50 — 48 — 46 — 44 Sgr. — Gerste 46 — 45 — 43 — 40 Sgr. — Hafer 27 — 26 — 25 — 24 Sgr. — Erbsen 48 — 46 — 44 — 42 Sgr. — Wintererbsen 137 — 135 — 130 — 128 Sgr., Sommererbsen 115 — 113 — 110 — 108 Sgr. nach Qualität.

Kleesaat, rotte, 20 — 20 — 19 — 18 Thlr., weiße 17 1/2 — 16 1/2 — 15 1/2 — 13 1/2 Thlr. nach Qualität. — Thymothee 9 1/2 — 9 — 8 1/2 — 8 1/2 Thlr.